

PLUS

Gemeinde Kals hält an umstrittenen Kraftwerk fest

Mit Rückendeckung des Standortanwalts will Kals das umstrittene Wasserkraftwerk am Kaiserbach realisieren. Und hält dem Land den Klimaziele-Spiegel vor.

🕒 Letztes Update am Samstag, 27.11.2021, 07:05



Die Gemeinde Kals will am geplanten Kleinkraftwerk Haslach nicht rütteln. Die Behörde ist jetzt am Zug. © Rainer

Von Manfred Mitterwachauer

Kals a. Gr., Innsbruck – Die Frist der Abteilung Umweltschutz im Amt der Tiroler Landesregierung für eine Stellungnahme zum naturkundefachlichen Gutachten endete vor wenigen Wochen. Selbiges wurde im Rahmen der laufenden Naturverträglichkeitsprüfung für das von der Osttiroler Gemeinde Kals zur Bewilligung eingereichte Kleinwasserkraftwerk Haslach am Kaiserbach erstellt.

Wie berichtet, lotete das Gutachten die möglichen Folgewirkungen des teils in das Natura-2000-Gebiet hineinreichenden Projektes mit einer Leistung von knapp acht Megawatt aus. Kritiker fühlten sich in Folge des Ergebnisses bestätigt, weil es unter anderem eine „erhebliche Beeinträchtigung“ des Schutzgebietes

nicht ausschließt. Flächen würden verloren gehen, die Belastungen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie klar widersprechen, heißt es. Kurz: Das Urteil der Expertise zum Kraftwerksprojekt fällt negativ aus.

Behörde verlangt alternative Varianten

Die Behörde forderte die Gemeinde nicht nur zur Stellungnahme hierzu auf, sondern verlangte auch gemäß dem Tiroler Naturschutzgesetz die Darlegung möglicher alternativer Varianten, einschließlich einer „Null-Variante“. Also nichts anderes als die Aufgabe des Projektes.

„Für uns gibt es keine Alternative dazu – wir halten an dem Projekt fest und werden es auch nicht zurückziehen“, bestätigte gestern auf TT-Anfrage die Kalser Bürgermeisterin Erika Rogl die unveränderte Haltung der Gemeinde. Man habe das Parteiengehör gewahrt, hierzu hatte man im Vorfeld verschiedene Institutionen um ihre Einschätzungen gebeten. Insbesondere unter dem Aspekt des „öffentlichen Interesses“ des Kleinwasserkraftwerks. Hinzu kamen Expertenmeinungen hinsichtlich Klimaschutz und Wirtschaftlichkeitsberechnung. Auch die Standortanwaltschaft – angesiedelt in der Wirtschaftskammer – wurde angefragt.

Klimaziel als Hebel

Deren Ergebnis liegt der TT vor. Standortanwalt Stefan Garbislander weist zunächst darauf hin, dass der Grad der Eingriffe ins Natura-2000-Gebiet durchaus von Experten unterschiedlich beurteilt werde. Einer Investitionssumme von 24 Mio. € stünden zudem 37 Mio. € an auszulösenden Wertschöpfungseffekten gegenüber. In Summe begründe sich aber das vom Standortanwalt festgestellte „qualifizierte, langfristige öffentliche Interesse“ unter Bedachtnahme der vom Bund und Land vorgegebenen Klimaschutz- und Energiewende-Ziele.

Laut Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz soll nämlich bis 2030 die österreichische Stromproduktion zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen erfolgen. Allein aus der Wasserkraft sollen zusätzliche 5 Terrawatt (von in Summe 27) kommen. Auch das KW Haslach könne und müsse zur Zielerreichung beitragen. Selbiges könne auch helfen, CO₂ einzusparen – wichtig auch für Tirols, Österreichs und auch die Klimaziele der EU. Der Priorität des Klimaschutzes stünde indes ein „nicht näher quantifizierter Verlust“ von Tamariskenbeständen gegenüber, bilanziert Garbislander.

Rogl kann sich der Argumentation des Standortanwalts nur anschließen: „Bund und Land haben klare Ziele formuliert – ohne die Wasserkraft sind diese nicht zu erreichen.“ Der Ball liege nun bei der Behörde, „die notwendigen Bescheide zu erlassen“.

Über all dem schwebt freilich zusätzlich die von der EU angekündigte Klage, weil u. a. die Osttiroler Gletscherflüsse, zu denen auch der Kalserbach zählt, von Österreich nicht ausreichend geschützt würden, die TT berichtete.

SCHLAGWORTE

 KRAFTWERK  KLIMAZIEL  AUS DER ZEITUNG  LANDESPOLITIK  POLITIK